Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 6

Artikel: Das englische Regierungssystem im Bewusstsein des Volkes
Autor: Urech, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337355

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bei der Frage, ob ein Dichter die Welt verändern könne, hätte sicher auch er, der Optimist, gezögert, obwohl die Geschichte beweist, daß eine solche direkte Einwirkung auf das Geschehen möglich ist. So leitete zum Beispiel die große Revolutionsoper «Die Stumme von Portici» von Auber in Brüssel 1830 die Losreißung Belgiens von den Niederlanden ein.

Zum Schluß meines Aufsatzes, der ein Versuch sein soll, von einer sozialistischen Warte den bedeutendsten Schweizer Dramatiker zu analysieren, möchte ich den Wunsch aussprechen, daß sich der Diagnostiker Dürrenmatt in Zukunft auch als Therapeut versuchen wird.

ARNOLD URECH

Das englische Regierungssystem im Bewußtsein des Volkes*

Wird das Zweiparteiensystem bleiben?

Den Nachteilen des Wahlsystems gesellen sich andere, viel ernstere bei. Das Zweiparteiensystem hat bis 1918 funktioniert, und es spielt von neuem normal seit 1935. Von 1918 bis 1935 hat jedoch das System der drei Parteien der Konservativen Partei erlaubt, sich beinahe ohne Unterbruch an der Macht zu behaupten, abgesehen von drei Jahren Arbeiterregierung (Das Buch erschien 1948. A. U.), *während sie im Lande in Minderheit war,* abgesehen von den Wahlen von 1931.

Ohne Zweifel hat sich die Wiederherstellung zum Zweiparteiensystem im Jahre 1935 von selbst vollzogen. Es ist aber nichtsdestoweniger wahr, daß Großbritannien während 17 Jahren mit zusammenhanglosen Parlamenten, Produkten der lokalen und augenblicklichen Zufälle der Wahlkämpfe zwischen drei rivalisierenden Parteien, zu rechnen hatte, wenn das Mehrheitssystem deren bloß zwei voraussetzt. Das ist eine allzulange Periode der Umstellung, von der nicht gesagt ist, daß sie vollendet sei. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß eine noch unbekannte Partei, die an Ausdehnung gewinnt, oder daß eine Spaltung im Schoße der großen Parteien nicht eine Rückkehr zum System der drei Parteien hervorrufe.

Endlich ist das System der zwei Parteien nicht ohne ernste Fehler. Abgesehen von der *Allmacht,* die es dem Premierminister verleiht, bringt die Ungenauigkeit der Vertretung der öffentlichen Meinung im Unterhaus ernste Gefahren mit sich. *Die Minderheit des Landes beherrscht oft die Mehrheit.* Die Regierungen sind zwischen zwei allgemeinen Wahlen unver-

* Vgl. dazu «Rote Revue», Heft 4 und 5, A. Urech: «Die Ursachen des Parteiensystems in England» und «Die zwei Hauptpfeiler des englischen Zweiparteiensystems».

antwortlich geworden. Ihre mehr als sichere parlamentarische Mehrheit erlaubt ihnen, mit der größten Leichtigkeit ihren Wünschen gemäß zu handeln, oft gegen mehr als die Hälfte des Landes.

Die gewöhnliche Antwort auf diese Kritik ist, daß die Opposition *Chancen habe, bei den nächsten Wahlen die Macht zu ergreifen und sie alsdann nach den Wünschen der andern Hälfte der Nation handeln könne.* Diese Antwort ist heute *nicht mehr anwendbar: die Entscheidungen des Staates sind allzu folgenschwer* für die Zukunft und sind nicht wieder gutzumachen. Die Kontrolle der öffentlichen Meinung soll nicht mehr mehrere Jahre warten, um wirksam zu sein, sie muß *gleichzeitig* sein. Um die Wichtigkeit des Problems zu erläutern, ist es gut, sich an die Folgen zu erinnern, welche die Wahlen von 1935 auf die Außenpolitik und auf die Weltereignisse der Jahre hatten, die dem Kriege vorangingen. Die nationalkonservative Regierung (nach der Trennung Macdonalds von der Labourparty 1931. A. U.) hatte *53,6 Prozent* der Stimmen vereinigt und erfreute sich im Unterhaus einer Mehrheit von 247 Stimmen: sie hatte 70 Prozent der Sitze erlangt. Ohne zu leugnen, daß die Haltung der Labourvertreter und der Liberalen hinsichtlich der Wiederaufrüstung oft zusammenhangslos und widersprüchlich war, ist es unbestreitbar, daß sie der Politik fortwährender Abdankung Herrn Baldwins und Neville Chamberlains weniger nahe war als derjenigen von Herrn Churchill und seiner Getreuen, die, obgleich konservativ, den Kampf gegen die gouvernementale Schwäche hinsichtlich Deutschlands führte. Wenn das Parlament für die öffentliche Meinung repräsentativer gewesen wäre, so wäre es sehr wohl möglich gewesen, daß Churchill mit Hilfe der andern Parteien die Regierung in Minderheit versetzen und die verhängnisvolle Fortsetzung der Konzessionen hätte verhindern können, die mit München und dem Krieg endeten.

Die verhängnisvollen Folgen der Wahlen von 1935

Bei diesem Anlasse schreibt Herr Mackay in seinem kleinen 1943 erschienenen Büchlein zugunsten der proportionalen Vertretung was folgt: «In den Wahlen von 1935 erhielt die Regierung eine absolute Mehrheit von 235 Stimmen, wo sie nur 41 hätte sein sollen. Es ist unmöglich, die Wichtigkeit dieses Resultates, das die Geschichte Großbritanniens und die Entwicklung der Weltangelegenheiten seit 1935 bestimmt hat, zu übertreiben usw ... Infolge des schlechten Wahlsystems mußten wir fünf Jahre, bis zum Jahre 1940, warten. Und selbst dann war Herr Chamberlain am Ende dieser hochwichtigen Debatte imstande, eine zweimal größere Mehrheit zu bewahren. Diese Überlegungen über die Wahlzahlen von 1935 erweisen, was für

ein Unsinn, welche Parodie von Demokratie und repräsentativer Regierung unsere parlamentarischen Institutionen gewesen sind und noch sind.

Freilich war das Wahlsystem nicht der einzige Verantwortliche für diesen Zustand der Dinge. Der Ministerpräsident St. Baldwin hatte dem Volke über die Schwäche seiner Rüstungen und den Ernst der internationalen Lage anläßlich des Wahlfeldzuges von 1935 nichts gesagt. Aber hätte er ein solches Schweigen zu bewahren gewagt, wenn er einer richtigeren Vertretung vor wie nach diesen Wahlen gegenüber gewesen wäre? ... Ein gerechteres Wahlsystem hätte den Stand der Parteien im Unterhaus vor und nach den Wahlen von 1935 nicht stark verändert: Herr Baldwin hätte sich dann vielleicht entschlossen, dem Lande den Ernst seiner internationalen Stellung freimütig darzulegen ... Es besteht da unzweifelhaft eine Schwierigkeit. Die britische Verfassung gibt der Regierung eine große Macht zwischen den Wahlen, aber *ihre Stellung ist äußerst verwundbar im Augenblick der Wahlen.* Ein schwaches Abgleiten der Meinung der Wähler macht die Niederlage einer Partei möglich, die es wagt, notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen vorzuschlagen ... Wir können unsere Überzeugung nicht stark genug ausdrücken, *daß die Wirksamkeit unseres parlamentarischen Systems von der Existenz eines Minimums von Einverständnis zwischen der Regierung und der Opposition über die wesentlichen Fragen nationaler Sicherheit abhangen wird.* Die Rolle des Wahlsystems ist im Gang des verfassungsmäßigen Mechanismus einer Demokratie wichtig und entscheidend, das hat das jahrelange Vorspiel des Zweiten Weltkrieges deutlich gezeigt.

Die Befürchtung, das Wahlsystem seine gewöhnlichen Ergebnisse hervorbringen zu sehen, hat den Ministerpräsidenten Baldwin 1935 bestimmt, *nicht die Wahrheit zu sagen:* er fand nach den Wahlen, er sei ein Gefangener dieser auf falschen Gegebenheiten gewählten Versammlung, und hat von ihr nicht die notwendigen Maßnahmen verlangen können, um eine energische Außenpolitik zu führen, was vielleicht um den Preis einer Ministerkrise bei einer weniger starken Mehrheit möglich gewesen wäre, wenn ein anderes Wahlsystem eine Versammlung nach Westminster geführt hätte, welche die Nation getreuer vertreten hätte.

Die proportionale Vertretung in Form der einzigen übertragbaren Stimme. Die angeführten verschiedenen Kritiken haben zahlreiche Geister dazu geführt, die Reform des Wahlsystems zu fordern. Die vorgeschlagenen Systeme sind die Einzelwahl mit zwei Wahlgängen, das limitierte Votum und die proportionale Vertretung der einzigen übertragbaren Stimme.

1. Die *Einzelwahl* mit zwei Wahlgängen hat sozusagen keine Anhänger. *Das Beispiel Frankreichs ist überzeugend* (Vor 1958! A. U.). Die Wahlfeilschereien, die Korruptionsmöglichkeiten sind zu groß.

2. Das *limitierte Votum* hat einige Anhänger, aber es zeigt die gleichen Nachteile wie die Einzelwahl mit zwei Wahlgängen. Auch diese Wahlsysteme sind nicht besser oder schlimmer als die in England bestehenden.

3. *Die Vertretung der Minderheiten ist nur durch die proportionale Vertretung möglich.* Die Engländer, und die britischen Nationen überhaupt, kennen nur die proportionale Vertretung in Form der einzigen übertragbaren Stimme, worauf hier nicht eingegangen werden kann. Als Vorzug dieses Systems gilt die Freiheit der Wahl des Wählers und die Handlungsfreiheit des Kandidaten. In der Tat sind die Kandidaten oft individuell. Wenn die Parteien Listen einreichen, sind sie von keiner Notwendigkeit, außer für sie selbst. Jeder Unabhängige kann sich vorstellen, ohne irgendeine politische Etikette. Der Kandidat ist nicht gezwungen, sich von einer Partei annehmen zu lassen. Die Feilschereien und die individuellen Rivalitäten im Schoße einer Partei für die Aufstellung der Listen haben keine Existenzberechtigung mehr. Die Wähler wählen die Kandidaten individuell und nicht eine Parteiliste, deren Namen sie nicht zu ändern berechtigt sind, noch die Reihenfolge ihrer Vorstellung, wie es in der festländischen Listenvertretung der Fall ist: jede Minderheit ist gerecht vertreten. Mit einem Wort: «die einzige übertragbare Stimme» vereinigt alle Vorteile der Einzel- und der proportionalen Vertretung, ohne deren Nachteile aufzuweisen; sie ist ebenso gerecht wie die Proportionalwahl mit Listen und schont die integrale Freiheit des Wählers, des Kandidaten und des Gewählten (System Thomas *Hare* v. 1867. John Stuart *Mill* unterstützte es kräftig schon von 1867 an).

Nur die Universitätswahlkreise, die mehr als zwei Kandidaten wählen, nahmen es an, nicht aber das limitierte Votum, das Gegenstand verschiedener Projekte und Gesetzesvorschläge war, die vom Parlament abgelehnt wurden . . . Die Parteien müßten ein Interesse an der proportionalen Vertretung haben, damit sie angenommen würde, denn ein Wahlsystem wird immer nur aus Interesse genehmigt. Im Schoße der Arbeiterpartei müßte sich eine unwahrscheinliche Spaltung vollziehen. Ein Wiedererstehen der Liberalen Partei könnte zu diesem Ergebnis führen, aber sie erscheint heute schwierig.

III. Schlußfolgerungen

Diese Studie hat versucht, den entscheidenden Einfluß des Wahlsystems auf die großen Entscheidungen, welche die Geschichte und das Schicksal der Demokratie bestimmen, ins Licht zu setzen. Das Beispiel der internationalen britischen Politik von 1935 und 1939 ist ziemlich ausführlich dargelegt worden; bis jetzt ist dem Studium dieser bestimmenden Ursachen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Der Vorzug der direkten Regierung

Unter den Merkmalen des britischen Wahlsystems, die das politische Leben jenseits des Kanals geformt haben, geht eines von ihnen allen andern vor und muß am Ende dieser Untersuchung einmal mehr kräftig unterstrichen werden: die *Einzelwahl mit nur einem Wahlgang* ist im Rahmen des Zweiparteiensystems ein *Mehrheitssystem*, das der Partei, die über einen Prozentsatz von Stimmen verfügt, der demjenigen ihres Rivalen überlegen ist, eine *parlamentarische Mehrheit von 200 Sitzen oder mehr sichert; ein Abgleiten von 4 Prozent des Totals der Stimmen läßt diese Mehrheit einer Partei auf die andere übergehen* ... Sie ist es nie durch eine genaue und gleichzeitige Vertretung aller Parteien.

Darauf antwortet man, daß dieses System die Vorzüge der direkten Regierung biete. Die Gewählten können die Probleme nicht lösen, über die ihre Wähler berufen werden sich auszusprechen, ohne sie meist begreifen zu können, weil sie über das Verständnis des Mannes von der Straße hinausgehen. Das auf das Prinzip gegründete Repräsentativsystem, daß die Wähler die geeigneten Männer und Frauen wählen können, um in ihrem Namen die Entscheidungen zu treffen, die sie selbst zu treffen aus Mangel an Ausbildung, an Nachrichtenorganisation und an Zeit nicht fähig sind, wird schachmatt gesetzt. *Die heutige Mittelmäßigkeit der Staatsmänner der Demokratie duldet allzu beträchtliche Mehrheiten nicht:* die Regierungen lassen nach und werden zwischen den Wahlen *unverantwortlich.* Beim Herannahen der Wahlen hingegen hindert sie oft die Befürchtung der plötzlichen massiven Umkehrung der parlamentarischen Mehrheit, welche die Macht der Opposition geben würde, zu handeln. Aus Furcht, sich geschlagen zu sehen, schmeicheln sie den Wählern, indem sie ihnen die Wahrheit verbergen.

Eine starke Opposition als Notwendigkeit

Die Regierungen würden in der Tat in einer genügend starken Opposition einen wirksamen Ansporn und nicht eine Fessel finden ... Diese Tendenz verdient beachtet zu werden, aber die Eventualität dieser Reform ist wegen der Opposition der zwei großen Parteien und der schwachen parlamentarischen Vertretung der Liberalen sehr unwahrscheinlich ... Es ist unbestreitbar, daß ein derartiges System Gefahr laufen würde, das System der zwei Parteien verschwinden zu lassen und in Großbritannien eine wirkliche Verfassungsumwälzung hervorzurufen.

Sie würde aber diesem Lande vielleicht gemäßigtere und wirksamere Regierungen sichern. Den Liberalen würde sie erlauben, im Parlament wieder eine gerechte Vertretung zu finden. Es scheint schließlich nicht, daß sie

notwendigerweise zur ministeriellen Unselbständigkeit führen würde: die Tradition der alten Parteien, die Ruhe und die Disziplin der öffentlichen Meinung, die Geringschätzung, welche die Briten für die unbegründeten Diskussionen und Entscheidungen empfinden und besonders das Recht der Auflösung würden die Regierung von Westminster hindern, die Unbeständigkeit derjenigen von Paris zu kennen (Vor dem autoritären Regime in Frankreich geschrieben. A. U.).

Man muß indessen die Wichtigkeit des Wahlproblems in Großbritannien nicht übertreiben. Wenn eine solche Reform eines Tages verwirklicht wird, ist es gewiß, daß sie es nur allmählich sein wird. Die proportionale Vertretung wird zuerst nur in einer kleinen Zahl von Wahlkreisen versuchsweise eingeführt werden, um die Uebergänge den weisen Verfahren gemäß zu schonen, die den Briten so teuer sind und die sie auf jedem Gebiete nicht aufgehört haben anzuwenden.

In inniger Verbindung damit hat sich das Wahlsystem seit dem 13. Jahrhundert gewandelt, bis es sein jetziges Gepräge angenommen hat. Heute ruht das parlamentarische System auf dem Zweiparteiensystem, das selbst auf der Einzelwahl mit einem einzigen Wahlgang gegründet ist, auf dem Recht der Auflösung, auf der langsamen Entwicklung, die mächtige, aber das System respektierende Parteien geschaffen hat, und auf dem Gipfel des Gebäudes auf einer souveränen, aber von der Regierung beherrschten Versammlung.

Die Eigenart und Weisheit der britischen Verfassung

Der Verfasser hat versucht, gewisse Seiten dieser britischen, im wesentlichen auf dem Herkommen gegründeten Verfassung, eine fortschreitende und unbewußte Schöpfung um das hochwichtige Problem des Wahlsystems und seines Einflusses auf das parlamentarische System, in helles Licht zu rücken. Diese Verfassung, an der alle Bürger einer Nation seit Jahrhunderten und Hunderte von Staatsmännern und obskurer oder berühmter Politiker gearbeitet haben, ist nie nach einem Gesamtplan ausgearbeitet worden. Diese Erfahrungsmethode hat indessen eine ganz ursprüngliche Regierungsform hervorgebracht, die sich in zahlreichen Ländern verbreitet hat. Heute noch bleibt die britische Verfassung das Muster dieser Art: man kann sagen, daß keine parlamentarische Regierung mit so viel Wirkung, Weisheit und Maß funktioniert wie die britische. Es ist ohne Zweifel wahr, daß diese Entwicklung nicht vollendet ist. Der Zweck ist jedoch nicht, ein ideales, allzeit und überall gültiges System zu erreichen.

Die britische Eigentümlichkeit ist, Erfolg zu haben in der Anpassung der Einrichtungen an die Notwendigkeiten jeder Epoche der Geschichte, ohne mit der Vergangenheit zu brechen, von der sie sich nährt. Diese An-

passung folgt harmonischen und stetigen Kurven, die nie durch plötzlichen Richtungswechsel und Traditionsbrüche unterbrochen sind, auf die Frankreich seit 1789 so erpicht ist. Es ist gewiß, daß die Briten ihre Einrichtungen noch immer ändern werden. Es ist aber ebenso gewiß, daß sie es mit Klugheit tun werden.

Man kann dieser Methode die Verzögerung der Anpassung an die Ereignisse und ihren Imperativ vorwerfen. Man kann jedoch nicht leugnen, daß der Wert der Vergangenheit noch wichtiger ist als das zeitweilige Mißverhältnis der Einrichtungen, die übrigens weniger schwer lasten als die irgendeiner Demokratie. Das britische Geheimnis ist, daß man nichts auf Sand baut, daß jeder institutionelle Bau auf einer langen Ueberlieferung ruhen muß, die den neuen Bauten Form und Leben gibt.

Die parlamentarische Regierung als Sitte

Außerdem sind viele Einrichtungen in Großbritannien lebensfähig, weil die Gesamtheit der Nation in einem Minimum übereinstimmt: *Treue gegenüber der parlamentarischen Demokratie,* deren Wachstum und Gesundheit diejenigen des Landes sind. Die Arbeiter, die sich der Werkzeuge bedienen, welche die Institutionen sind, bedienen sich ihrer nie gegen das System. *Die parlamentarische Regierung ist in die Sitten eingegangen.* Kein Brite, welcher sozialen Klasse er angehöre, bezweifelt dies je. Das System ist selbstverständlich; das Leben ist ohne es nicht zu begreifen. *Seine Aufhebung wäre ein Selbstmord.* Elie *Halévy* hat diese Wirklichkeit auf eine ausdrucksvolle Weise formuliert: «*Das britische Volk ist ein Volk, das den Parlamentarismus im Blute hat.*»

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Seltsame Dinge geschehen in der Schweiz, die doch so gerne als kleines Musterland hingestellt wird, nicht zuletzt von den Schweizern selber. Da ist es zum Beispiel der Bundesanwaltschaft gelungen, einen Film «abzuklemmen», der ihr, vor allem aber Frankreich und den übrigen NATO-Staaten, nicht ins Konzept paßte, da er — übrigens ausgezeichnet — das Problem der Kriegsdienstverweigerung behandelt. Dieser Film, so sagte die Bundesanwaltschaft, die sich schon einmal beim Verbot des Films «Wege zum Ruhm» sehr beliebt gemacht hatte, sei vor allem vor der Abstimmung über